

ZfP

Zeitschrift für Politik

Herausgeber

Maurizio Bach
Nils Goldschmidt
Anna-Bettina Kaiser
Jens Loenhoff
Carlo Masala
Heinrich Oberreuter
Joachim Scholtyseck
Roland Sturm
Barbara Zehnpfennig

Hendrik Träger, Heinrike Rustenbeck und
Svenja Samstag
**»Kleinparteien mit schlagartiger landespolitischer
Bedeutung« – ein Typologisierungsvorschlag
Typologisierungsvorschlag**

Maurizio Bach
**Angstkommunikation als Medium
paternalistischer Krisenbewältigungspolitik
am Beispiel der Corona-Pandemie**

**Zum Thema: Regionen, Territorial-
konflikte und Nationalitätenfragen
in Europa**

Peter A. Kraus
**Regionen, Territorialkonflikte und
Nationalitätenfragen in Europa –
Editorial des Gastherausgebers**

Peter A. Kraus
**Umkämpfte Souveränität: Regionen und
Minderheitenpolitik in Europa**

Anna Meine
**Unabhängigkeit statt Union, Unabhängigkeit
in der Union?
Schottlands Zukunft zwischen UK und EU**

Pau Bossacoma und Klaus-Jürgen Nagel
**Territorialkonflikt in Spanien: Die katalanische
Herausforderung**

2 2023

70. Jahrgang NF

Juni 2023

Seite 113–247

ISSN 0044-3360

8540 F



Nomos

Herausgeber: Prof. Dr. **Maurizio Bach**, Universität Passau; Prof. Dr. **Nils Goldschmidt**, Universität Siegen; Prof. Dr. **Anna-Bettina Kaiser**, Humboldt-Universität zu Berlin; Prof. Dr. **Jens Loenhoff**, Universität Duisburg-Essen; Prof. Dr. **Carlo Masala**, Universität der Bundeswehr München; Prof. Dr. Dr. h.c. **Heinrich Oberreuter**, Universität Passau; Prof. Dr. **Joachim Scholtz**, Universität Bonn; Prof. Dr. **Roland Sturm**, Universität Erlangen-Nürnberg; Prof. Dr. **Barbara Zehnpeinig**, Universität Passau

Redaktion: Dr. **Andreas Vierecke**, München

Wissenschaftlicher Beirat: Prof. Dr. Dr. **Manfred Brocker**; Prof. Dr. Dr. h.c. mult. **Peter Häberle**; Prof. Dr. **Hans Mathias Kepplinger**; Prof. Dr. **Peter Graf Kielmansegg**; Prof. Dr. **Sabine Kropp**; Prof. Dr. Dr. h.c. **Hermann Lübke**; Prof. Dr. **Harvey C. Mansfield**; Prof. **Jan-Werner Mueller**, PhD.; Prof. Dr. **Julian Nida-Rümelin**; Prof. Dr. Dr. h.c. **Hans Jürgen Papier**; Prof. Dr. **Armin Pfahl-Traughber**; Prof. Dr. **Fritz Plasser**; Prof. Dr. **Alois Riklin**; Prof. Dr. **Manfred G. Schmidt**; Prof. Dr. **Kristina Spohr**; Prof. Dr. **Tine Stein**; Prof. Dr. **Charles Taylor**; Prof. Dr. **Christian Waldhoff**

Inhalt

Hendrik Träger, Heinrike Rustenbeck und Svenja Samstag
 ›Kleinparteien mit schlagartiger landespolitischer Bedeutung‹
 – ein Typologisierungsvorschlag 115

Maurizio Bach
 Angstkommunikation als Medium paternalistischer Krisenbewältigungspolitik
 am Beispiel der Corona-Pandemie 130

Zum Thema: Regionen, Territorialkonflikte und Nationalitätenfragen
 in Europa

Peter A. Kraus
 Regionen, Territorialkonflikte und Nationalitätenfragen in Europa
 – Editorial des Gastherausgebers 155

Peter A. Kraus
 Umkämpfte Souveränität: Regionen und Minderheitenpolitik in Europa 157

Anna Meine
 Unabhängigkeit statt Union, Unabhängigkeit in der Union?
 Schottlands Zukunft zwischen UK und EU 177

Pau Bossacoma und Klaus-Jürgen Nagel
 Territorialkonflikt in Spanien: Die katalanische Herausforderung 197

Literaturbericht

Heinz Brill
 Geopolitische Räume und Einflussphären 216

Buchbesprechungen mit Verzeichnis 228

Schriftleitung:

Dr. Andreas Vierecke (V.i.S.d.P.)

Einsendungen bitte an:

Dr. Andreas Vierecke
Südpol-Redaktionsbüro
Wilhelm-Kuhnert-Str. 2a
81543 München
E-Mail: zfp@nomos-journals.de
www.zfp.nomos.de

Manuskripte und andere Einsendungen:

Alle Einsendungen sind an die o. g. Adresse zu richten. Es besteht keine Haftung für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss in Textform erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt die Autorin/der Autor der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co.KG an ihrem/seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht der Autorin/des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt. Eine eventuelle, dem einzelnen Beitrag oder der jeweiligen Ausgabe beigefügte Creative Commons-Lizenz hat im Zweifel Vorrang. Zum Urheberrecht vgl. auch die allgemeinen Hinweise unter www.nomos.de/urheberrecht.

Unverlangt eingesandte Manuskripte – für die keine Haftung übernommen wird – gelten als Veröffentlichungsvorschlag zu den Bedingungen des Verlages. Es werden nur unveröffentlichte Originalarbeiten angenommen. Die Verfasser erklären sich mit einer nicht sinnenstellenden redaktionellen Bearbeitung einverstanden.

Urheber- und Verlagsrechte:

Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Der Rechtsschutz gilt auch im Hinblick auf Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes oder über die Grenzen einer eventuellen, für diesen Teil anwendbaren Creative Commons-Lizenz hinaus ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht die Meinung der Herausgeber/Redaktion wiedergeben.

Der Verlag beachtet die Regeln des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels e.V. zur Verwendung von Buchrezensionen.

Hinweise für Autoren

Die im Jahre 1907 begründete ZfP veröffentlicht neueste Forschungsergebnisse und Analysen (theoretische und empirische Beiträge) aus dem gesamten Spektrum der Politikwissenschaft. Um einen hohen Qualitätsstandard zu gewährleisten, unterliegen die Manuskripte einem strikten Begutachtungsverfahren nach internationalen Standards. Dies bedeutet u. a., dass unaufgefordert eingereichte Manuskripte von mindestens zwei Experten anonym begutachtet werden. Die Manuskripte sollen der ZfP-Redaktion deshalb in digitaler Form (vorzugsweise per E-Mail) in zweifacher Ausführung eingereicht werden, von denen eine vollständig zu anonymisieren ist, d. h. dass diese keinerlei Hinweise enthalten darf, die auf die Identität des Verfassers schließen lassen; dies gilt auch für Verweise im Manuskript auf andere Veröffentlichungen des Verfassers. Zur Veröffentlichung kommen ausschließlich Originalaufsätze, die noch in keinem anderen Publikationsorgan veröffentlicht worden sind und für die Dauer des Begutachtungsverfahrens auch keiner anderen Zeitschrift zum Abdruck angeboten werden.

Ein Merkblatt mit **Hinweisen zur Manuskriptgestaltung** kann bei der Redaktion angefordert oder unter der Rubrik Redaktion von der Internetseite der ZfP (www.zeitschrift-fuer-politik.de) heruntergeladen werden.

Anzeigen:

Verlag C.H. BECK
Anzeigenabteilung
Bertram Mehling (V. i. S. d. P.)
Wilhelmstraße 9
80801 München

Media-Sales:
Tel: (089) 381 89-687
mediaberatung@beck.de

Verlag und Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung:

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldsestr. 3-5
76530 Baden-Baden
Telefon: 07221/2104-0
Telefax 07221/2104-27
www.nomos.de

Geschäftsführer: Thomas Gottlöber
HIRA 200026, Mannheim

Sparkasse Baden-Baden Gaggenau
IBAN DE05662500300005002266
(BIC SOLADES1BAD)

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:

Individualkunden: Jahresabo € 114,00 inkl. digitaler Einzelplatzlizenz

Vorzugspreis für Studierende € 71,00, inkl. digitaler Einzelplatzlizenz

Institutionen: Jahresabo € 314,00 inkl. digitaler Mehrplatzlizenz

Der Digitalzugang wird in der Nomos eLibrary bereitgestellt.

Einzelheft: € 32,00

Die Abopreise verstehen sich einschließlich der gesetzlichen Umsatzsteuer und zuzüglich Vertriebskostenanteil (Inland € 16,00/Ausland € 30,00) bzw. Direktbestellungsgebühr € 1,90.

Die Rechnungsstellung erfolgt nach Erscheinen des ersten Hefes des Jahrgangs.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

Kundenservice:

Telefon: +49-7221-2104-280

Telefax: +49-7221-2104-285

E-Mail: zeitschriften@nomos.de

Kündigung: Abbestellungen mit einer Frist von vier Wochen zum Kalenderjahresende.

Adressenänderungen:

Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO: Bei Anschriftenänderung kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeauftrag gestellt ist. Hiergegen kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft Widerspruch bei der Post AG eingelegt werden.

Heinz Brill

Geopolitische Räume und Einflussphären

Literaturbericht

1. *LE MONDE diplomatique. ATLAS der GLOBALISIERUNG. Ungleiche Welt.* Stefan Mahlke (Hg.): Berlin 2022, taz Verlags- und Vertriebs GmbH, 168 S., € 22,00.
2. *Tim Marshall: Die Macht der Geographie im 21. Jahrhundert. 10 Karten erklären die Politik von heute und die Krisen der Zukunft.* Deutscher Taschenbuch Verlag, München 2021, 416 S., € 24,00.
3. *Katrin Suder/Jan F. Kallmorgen: Das geopolitische Risiko. Unternehmen in der neuen Weltordnung.* Campus Verlag, Frankfurt a.M./New York 2022, 228 S., € 28,00.
4. *Klaus von Dohnanyi: Nationale Interessen. Orientierung für deutsche und europäische Politik in Zeiten globaler Umbrüche.* Siedler Verlag, München 2022, 238 S., € 22,00.
5. *Tim Geiger, Jürgen Lillteicher, Hermann Wentker (Hg.): Zwei plus Vier. Die internationale Gründungsgeschichte der Berliner Republik.* De Gruyter Oldenbourg Verlag, Berlin 2021, 251 S., € 24,95.
6. *Jeronim Perović: Rohstoffmacht Russland. Eine globale Energiegeschichte.* Böhlau Verlag, Köln 2022, 264 S., € 39,00.
7. *Michael Paul: Der Kampf um den Nordpol. Die Arktis, der Klimawandel und die Rivalität der Großmächte.* Herder Verlag, Freiburg 2022, 286 S., € 18,00.
8. *Angela Stent: Putins Russland. 2. Auflage,* Rowohlt Verlag, Hamburg bei Reinbek 2022, 559 S., € 28,00.

Vorbemerkung

Geopolitisches Denken und Handeln nehmen bei der Beurteilung internationaler Lagen ständig zu. Insbesondere für Welt- und Großmächte, aber auch für zahlreiche Regionalmächte kann diese Tendenz aufgezeigt werden. Zurzeit werden die besondere geopolitische Bedeutung der Ukraine und (die) der Türkei nahezu bei jeder internationalen Diskussion hervorgehoben. Für beide Staaten ist aufgrund der veränderten Raum-Mächte-Konstellation die »Geopolitik« ein zentrales Kriterium bei der neuen »Lagebeurteilung« geworden. Die Türkei aufgrund ihrer Lage an der Schnittstelle geopolitischer Großräume mit dem Bestreben, als aufsteigende Macht »Geopolitischer

Dreh- und Angelpunkt in Eurasien« zu werden und die Ukraine aufgrund ihres inneren Systemwandels und deren Folgen bei der Neuordnung des postsowjetischen Raumes ihre internationale Position neu zu bestimmen. Während die Subjektfunktion der Türkei in der internationalen Politik zunehmend Anerkennung findet, sucht die Ukraine bei Drohung des Staatszerfalls sich aus der russischen Einflussphäre zu entziehen.

In der operativen Politik bestimmen geopolitische Überlegungen weltweit das Handeln der Akteure, sei es bei der Analyse des Streits um Einflussphären oder Bestimmung des nationalen Interesses, bei der Beurteilung von »Pan-Ideen«, Chinas »Seidenstraßeninitiative«, »AUKUS« – der neuen Geopolitik in Asien, der Entwicklung von Weltbevölkerung und Ressourcen, der NATO-Osterweiterung, Perspektiven des »Westens«, Globale Migrationsströme der Gegenwart, Hegemonie und Gleichgewicht in Europa, der Arktis, im Mittelmeerraum, in der Nahostregion, im Südchinesischen Meer oder von Modellen für eine neue Weltordnung. Nicht zuletzt aufgrund dieser Herausforderungen hat die EU (Sept. 2019) als internationaler Akteur eine »Geopolitische Kommission« gegründet.

In der gegenwärtigen »Angewandten Geopolitik« Russlands, dies ist ein Schwerpunkt dieses Berichts, spielt die geopsychologische These eine besondere Rolle. Wie Rolf Breitenstein bereits in seiner Studie »Die gekränkte Nation« (1996) überzeugend herausgearbeitet hat, ist die »Geopsychologie« nicht nur in der deutschen Geschichte und Politik ein prägendes Element. Als weiteres und aktuelles Fallbeispiel nennt er Russland, in dem er schreibt: *»Die Politik Russlands bzw. der Sowjetunion ist durch Jahrhunderte und bis in die unmittelbare Gegenwart von zwei ganz unterschiedlichen geopsychischen Tendenzen durchdrungen: einerseits dem aggressiven Drang zum eisfreien Meer, zur Ostsee (»Der Bär will schwimmen«), andererseits der Einkreisungsfurcht, die im Kalten Krieg durch US-Konzepte von Containment und Rollback angefacht wurde und durch Pläne für eine Osterweiterung der NATO neue Nahrung erhielt. Die russische Führung betrachtet diese Pläne als Bedrohung.«* Die Begründung dieser These belegen auch die hier vorgelegten neuesten Studienergebnisse.

Zur Lage der »Geopolitik« im deutschen Sprachraum ist allgemein festzustellen: In Politik, Wissenschaft und Medien werden geopolitische Begriffe mit einem gewissen »Ansehen und Beliebtheit« (wieder) benutzt. Der Oberbegriff »Geopolitik« ist fast zu einem Modewort geworden. Allerdings geschieht dies in der Regel ohne geopolitisches Grundwissen. Denn geopolitische Grundlagen (Prinzipien, Lehren, Theorien, Doktrinen etc.) können nicht aus aktuellen Tagesereignissen abgeleitet bzw. gewonnen werden – so wichtig diese im Einzelfall auch sein mögen –, sondern sie können nur aufgrund der Auswertung von Langzeitentwicklungen der Geschichte eines Staates bzw. derjenigen des internationalen Systems erfolgen.

1.

Frankreich nimmt in der Geopolitik – im Vergleich zu anderen europäischen Staaten – eine Spitzenstellung ein. Die Geopolitik hat in Frankreich bei vielen Institutionen wissenschaftliche Anerkennung gefunden. Aber auch in den Medien ist die Geopolitik fester Bestandteil. So sendet z.B. der deutsch-französische Kulturkanal ARTE wöchentlich das »Geopolitische Magazin – Mit offenen Karten« und für die Redaktion *Le Monde diplomatique* sind die kartografischen Aufzeichnungen über die Entwicklungen rund um den Globus selbstverständlich. Das französische Original von *Le Monde diplomatique* wurde 1954 in Paris gegründet. Im Frühjahr 2003 erschien der erste »Atlas der Globalisierung« von *Le Monde diplomatique*. Die Kombination aus kurzen Hintergrundtexten und politisch engagierter Kartografie war auf dem deutschen Buchmarkt etwas Neues.

Da die weltpolitischen Fakten, Strukturen und Trends einem ständigen Wandel unterworfen sind, benötigen Wissenschaft und Politik von Zeit zu Zeit eine Bestandsaufnahme. Der hier anzuzeigende »Atlas der Globalisierung« weist in einer klaren Gliederung auf, wie die Dynamik und der Druck der Globalisierung unzählige Bereiche der heutigen Gesellschaft verändert haben. In sechs Kapiteln – über die Klimakrise, ungelöste Konflikte, Gesundheitspolitiken, Gewinner und Verlierer, Ernährung und Ressourcenverbrauch – dokumentiert der neue »Atlas der Globalisierung« unsere »ungleiche Welt«. Im Kapitel »Ungelöste Konflikte« sind die geopolitischen Beiträge »Der Ukraine Krieg und der globale Süden« mit der Frage »Warum viele Staaten bei Sanktionen gegen Russland nicht mitmachen?« sowie dem türkisch-griechischen Konflikt um Hoheitszonen in der Ägäis, in dem Ankara mit dem »Causus Belli« droht, von besonderem Interesse.

Hervorzuheben ist insgesamt: Der »Atlas der Globalisierung« illustriert mit seinen Grafiken regionale und globale Zusammenhänge zwischen Ökonomie, Ökologie und internationaler Sicherheitspolitik. Das Nachschlagewerk ist eine wichtige Orientierungshilfe, die Probleme der Welt zu verstehen! Denn Karten bedeuten Macht. Beim »Atlas der Globalisierung« ist es die Macht des Wissens. Allerdings sind die Hersteller von Karten und Grafiken oft gesellschaftlichen und politischen Einflüssen ausgesetzt und können daher von der jeweils herrschenden Macht oder eines Weltbildes manipuliert sein. Dies ist auch in der folgenden Studie zu bedenken!

2.

Tim Marshall ist britischer Journalist. Im deutschen Sprachraum wurde er mit zwei Büchern bekannt: »Die Macht der Geographie« (2015) und »Die Macht der Geographie im 21. Jahrhundert« (2021). In beiden Ausgaben soll die Weltpolitik anhand von jeweils zehn Karten erklärt werden. Seine Popularität verdankt er dem Talent, geographische und geopolitische Sachverhalte allgemein verständlich darzustellen und zu beschreiben. Die Einbeziehung des geographischen Faktors in den politischen Entscheidungsprozess hält er für unabdingbar. Denn der geographische Raum sei es, der

die Mächtigen dieser Welt dazu bringt, Entscheidungen über Krieg und Frieden zu treffen.

In seinem ersten Buch »Die Macht der Geographie« (Titel der englischen Originalausgabe: »Prisoners of Geography«) hat Marshall vor allem untersucht, worin die geopolitischen Besonderheiten Russlands, Chinas, Europas, der USA, des Nahen Ostens, Afrikas, Indiens, Pakistans, Japans, Koreas, Lateinamerikas und der Arktis bestehen. Bei diesen Fallstudien beschränkt er sich auf die wichtigsten internationalen Akteure, um einen globalen Überblick geben zu können. Aber die Geschichte geht weiter!

In der hier anzuzeigenden Folgeausgabe lautet der Titel »Die Macht der Geographie im 21. Jahrhundert« (Titel der englischen Originalausgabe: »The Power of Geography. Ten Maps That Reveal the Future of our World«). Mit den Zwanzigerjahren des 21. Jahrhunderts treten wir nach Marshall in ein neues Zeitalter zwischen den Groß- und Regionalmächten einerseits und weltpolitischen Allianzbildungen andererseits ein. Dies wird dargestellt anhand von zehn Fallstudien mit Karten. Hierbei wird die Dominanz der USA als Weltmacht besonders herausgearbeitet. Bei den einzelnen Beiträgen handelt es sich im Kern um geohistorische Skizzierungen mit einem kurzen aktuellen Abschluss der jeweiligen geopolitischen Lage.

Marshall beginnt seine Abhandlungen mit einem Kontinent, der jahrhundertlang abgeschieden blieb und sich jetzt plötzlich zwischen China und den USA in einer Lage befindet, die Zukunft im indo-pazifischen Raum als entscheidender Spieler mitzubestimmen: Australien (S. 18 ff.). Es folgen Irans Spannungen mit den USA als eine Konstante der Weltpolitik mit der strategischen Zielsetzung, einen »schiitischen Korridor« zum Mittelmeer über Bagdad, Damaskus und Beirut offenzuhalten; Saudi-Arabiens Problem: Saudi und Arabien, Großbritanniens alte und neue »Rolle als Hybrid« zwischen Kontinentaleuropa und den USA, der griechisch-türkische Konflikt in der Ägäis um das »blaue Vaterland«, die krisengeplagte Sahelzone, Äthiopien als »Wasserturm Afrikas« mit dem aktuellen Bezug der »Grand-Ethiopian-Renaissance-Talsperre«, Spaniens Geographie und Geschichte und als Ausblick der Wettlauf der Großmächte um die besten Positionen im Weltraum.

Selbstverständlich ist die Welt komplizierter, als Marshall sie anhand von zehn Fallstudien mit Karten zu erklären versucht. Dass mit diesen Vereinfachungen in Deutschland immer wieder »Bestseller« gemacht werden können, verwundert nicht. Denn die politikwissenschaftlichen Grundsatzbeiträge ignorieren den Faktor Geographie in der Regel. Nur wenige Lehrbücher der Politikwissenschaft widmen dem Thema »Land in der Politik« ein eigenes Kapitel (wie von der Gablentz). Aus diesem Grund haben populärwissenschaftliche Buchreihen leichten Zugang.

3.

Bei dem von Katrin Suder und Jan Friedrich Kallmorgen vorgelegten Band »Das geopolitische Risiko« handelt es sich um anwendungsorientierte Politikberatung. Katrin Suder war u.a. Direktorin bei McKinsey u. Co. und Staatssekretärin im Bundesministe-

rium der Verteidigung und Mitautor Jan Friedrich Kallmorgen hat nach Tätigkeiten in verschiedenen »Thinktanks« das Beratungshaus Berlin Global Advisors (BGA) gegründet. In der Einführung des Bandes setzen sich beide mit dem zentralen Thema auseinander: »Was die Wirtschaft heute über Geopolitik wissen muss«. Hier sind für die Autoren Geopolitik, Nachhaltigkeit und Technologie die drei strategischen Herausforderungen unserer Zeit. Denn in der gegenwärtigen »Weltordnung, in der wir ständig tektonische Verschiebungen erleben« – so ihre zentrale Aussage – »nützen eine ausschließliche betriebswirtschaftliche Kosten-Nutzen-Analyse wenig«.

Suder und Kallmorgen machen an verschiedenen Fallbeispielen deutlich, dass Unternehmensstrategie im Zeitalter der Globalisierung ohne Geopolitik einen völlig unzureichenden Stellenwert hat. Aus diesem Grund plädieren sie – vor allem aufgrund ihrer amerikanischen Anregungen und Erfahrungen dafür –, dass Geopolitik auch in der deutschen Politik eine größere Rolle spielen muss.

In ihren Aufzeichnungen stehen die USA und China wegen ihrer Größe und Relevanz im geopolitischen Mittelpunkt. An ihren strategischen Zielsetzungen werden die »geopolitischen Risiken« dargelegt. Denn die zunehmende Systemrivalität zwischen Washington und Peking und die partielle Entkoppelung der jeweiligen Wirtschaftsräume stelle die deutsche Politik und Industrie vor größere Herausforderungen, als vielen derzeit bewusst sei. Daher betrachten sie das Verhältnis zwischen den USA und China und die Rolle der EU und Deutschlands in diesem Gefüge als eine der wichtigsten geopolitischen Fragen der 2020er Jahre. Zudem haben die USA eine sogenannte »Tech Containment«-Politik gegenüber China entwickelt und wollen die europäischen Alliierten zunehmend darin einbinden. In der indopazifischen Region setzen die USA auf das Bündnis »Quad«. Daraus wird die Schlussfolgerung gezogen: Unternehmer werden gezwungen, sich zu entscheiden, welche Technologien sie bei wem einkaufen und wo sie diese einsetzen. Die aktuelle Diskussion über »Huawei« bestätigt diese Einschätzung.

Die Autoren sind sich bewusst, dass geopolitische Grundlagenarbeit nur aufgrund der Ausweitung von Langzeitentwicklungen und präziser Kenntnisse des internationalen Systems erfolgen sollten. Dies ist ihnen im Aufzeigen des »Beziehungsgeflechts zwischen den USA, China und EU« auch weitestgehend gelungen. Allerdings mit einer begrifflichen Einschränkung: Besser und treffender wäre es gewesen, sie hätten ihren Buchtitel »Geoökonomische Risiken« genannt. Denn das ist der eigentliche Inhalt des Buches.

4.

Klaus von Dohnanyi gehört zum politischen Urgestein deutscher Politik. Von seinen zahlreichen politischen Ämtern sticht eins für die Ideengebung des hier anzuzeigenden Buches hervor: er war Staatsminister im Auswärtigen Amt. Nach Jahren der Muße hat er in einer Zeit zahlreicher internationaler Umbrüche den Bestseller »Nationale Interessen« verfasst, über den sich zu streiten lohnt. Obwohl überaus gebräuchlich,

wird der Begriff der »nationalen Interessen« im Hinblick auf seine Nützlichkeit oft bestritten. Dennoch sind von Zeit zu Zeit eine Reihe von Fallbeispielen zu verzeichnen. Die Neuinterpretation der Interessen setzt in der Regel immer dann ein, wenn eine Veränderung der internationalen Raum-Mächte-Konstellationen stattfindet.

Was die neuere Begriffsgeschichte betrifft, veröffentlichte Joseph Frankel im Jahre 1970 in London die Studienausgabe »National Interest«, die ein Jahr später in deutscher Übersetzung erschien. In den USA wird seit 1985 die Zeitschrift »The National Interest« herausgegeben. 1996 veröffentlichte in den USA »The Commission on America's National Interests« den Bericht »America's National Interests«. 1998 griff Egon Bahr in seiner Streitschrift »Deutsche Interessen« die amerikanischen Ideen auf und versuchte sie für die deutsche Interessenlage umzusetzen. Insbesondere mit seiner These »Wandel durch Annäherung« formulierte Bahr die Strategie sozialdemokratischer Ostpolitik schlechthin. Auf diese Vorüberlegungen beruft sich von Dohnanyi u.a. bei den Kernaussagen seines Buches.

In seiner Überzeugung, dass »Der Nationalstaat das Fundament« des staatlichen Handelns bleibe, geht es Dohnanyi auch darum, den heute gängigen und schwammigen Begriff der »Wertegemeinschaften« zu konkretisieren und von dem Begriff der »nationalen Interessen« zu unterscheiden (S. 23). Was in konkreten Fragen die nationalen Interessen sind und auf welchem Wege »nationale Interessen« dann im Einzelfall zu ermitteln sind, darum geht es in diesem Buch. Hierbei gibt Dohnanyi zu bedenken, dass unsere wahren Interessen nicht immer offen liegen, *»entsprechen oft nicht gewohntem Denken; schon gar nicht in Zeiten tiefer Umbrüche.«* Umso eindringlicher versucht er im Bahr'schen Sinne die Fragen *»Was sind unsere Interessen? Was sind die Interessen anderer? Wo wollen wir eigentlich hin?«* zu beantworten.

Für die operative Politik legt Dohnanyi zunächst dar, wie die Großmächte USA, China und Russland zueinander stehen und welche strategischen Konsequenzen Deutschland und die EU daraus ziehen sollten, um nicht zwischen die Fronten zu geraten. Hierbei spielt die »USA als Supermacht des Westens« für Dohnanyi im Hinblick auf die deutsche Interessenwahrung eine besondere Rolle. Denn die USA »dominieren mit ihren nationalen Interessen die Entscheidungen unseres Kontinents (S. 28). Um zu ergründen, wie es zur heutigen Hegemonie der USA über Europa kam und was die US-amerikanischen Interessen in Europa waren und sind, verweist Dohnanyi im Grundsatz auf die geopolitischen Interessen der USA in Eurasien. *»Denn hier, in der Russlandpolitik der USA, liegt eines der entscheidenden Hindernisse europäischer Souveränität und deutscher Interessen. Wir müssen eben auch USA-»Versteher« werden!«* (S. 39). In diesem Zusammenhang übt Dohnanyi an der US-Strategie der permanenten NATO-Osterweiterung schwere Kritik.

Daher lautet eine Grundthese seines Buches: die EU solle sich unabhängiger von der »unversöhnlichen« Russlandpolitik der USA machen. Die insbesondere von Macron vertretene These »europäische Souveränität« lässt grüßen. Seine Thesen kommen leider zu einer Zeit, in der eine Kräfteverschiebung im euro-atlantischen Verhältnis und zu Russland stattfindet. Das West-Ost-Verhältnis befindet sich seit dem 24. Februar 2022 in einer dramatischen Wandlung. Wieviel von diesen mit Engagement dargelegten Tex-

ten nach der »Zäsur« vom 24. Februar 2022 einen Bestand mit Perspektive haben werden, ist eine Frage der Zeit. Aber die Fehleinschätzung Putinscher Politik ändert nichts an den von ihm dargelegten unterschiedlichen "Interessenlagen« im euro-atlantischen Verhältnis. Der elementare Unterschied der Interessen zwischen Amerika und Europa bei der Beurteilung der Weltlagen wurzelt für Dohnanyi »schlicht in der Geographie«, indem er an anderer Stelle schreibt: »Amerika kann seine politischen Interessen auch deswegen so (...) einsetzen, weil es als kontinentale Insel von Chaos an fernen Orten nur selten berührt wird.«

5.

Die deutsche Einheit 1989/90 kam durch einen äußeren und innenpolitischen Entscheidungsprozess zustande. Im öffentlichen Bewusstsein ist die innenpolitische Variante dominant, während die internationale Dimension, die eigentliche Voraussetzung zur deutschen Einheit, von geringerem Interesse ist. Dem versucht der vorliegende Band entgegenzuwirken. Die einzelnen Beiträge bündeln die Ergebnisse einer Tagung, die das Alliiertenmuseum Berlin und das Institut für Zeitgeschichte München-Berlin in Verbindung mit dem Berliner Kolleg Kalter Krieg abgehalten haben.

Um die internationale Gründungsgeschichte der Berliner Republik zu verstehen, halten es die Herausgeber für unumgänglich, die Grundzüge der historischen Entwicklung seit 1945 herauszuarbeiten. Denn 1989/90 waren die Supermächte und die Nachbarstaaten in Ost und West durch die ungeheure Dynamik des innerdeutschen Geschehens in besonderer Weise herausgefordert. Insbesondere die vier Siegermächte USA, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich verbanden höchst unterschiedliche Interessen mit und über Deutschland. Die besonderen Rechte der USA, der Sowjetunion, Frankreichs und Großbritanniens gingen letztlich auf deren historische Rolle als die zentralen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges in Europa zurück, die ihren ganz realen Ausdruck in der mit der »Berliner Deklaration« am 5. Juni 1945 verkündeten Übernahme der Regierungsgewalt in Deutschland fand. Auf dieser Grundlage erschließt der Band die Geschichte der deutschen Einigung in einem strukturellen Dreischritt: wiederkehrende Hypothesen der Vergangenheit, Fragen der »Gegenwart« sowie Ordnungsentwürfe für die damalige Zukunft.

Zu Fragen der »Gegenwart« wird der 2+4-Vertrag oft mit der NATO-Osterweiterung in Verbindung gebracht. Hierzu ist festzustellen: Zu Beginn der 2+4-Verhandlungen war eine »gesamtddeutsche NATO-Mitgliedschaft« keineswegs sicher. Im Prozess der Wiedervereinigung mussten die Sicherheitsinteressen der »Vier Siegermächte« wie Deutschlands Nachbarn berücksichtigt werden. In der deutschen Diskussion waren:

- Der Stoltenberg-Plan (Ausdehnung der NATO bis zur Oder),
- der »Genscher-Plan«, (nach dem zwar das ganze Deutschland der NATO angehören sollte, aber diese ihre Grenze nicht weiter nach Osten verschiebt)
- und Modelle für ein »Gesamteuropäisches Sicherheitssystem«.

Bei all diesen Vorschlägen spielte die Berücksichtigung sowjetischer bzw. russischer Sicherheitsinteressen eine besondere Rolle. Das Problem und die Vereinbarkeit von Sicherheit und Wiedervereinigung begleitete die deutsch-sowjetische Politik während der gesamten Zeit des »Kalten Krieges«. Die sowjetische Politik ist in der Frage der Wiedervereinigung relativ gut erforscht. Der Wiener Historiker Wolfgang Müller weist in seinem Beitrag darauf hin, dass »Archivforschungen nachweisen, dass die Übergänge zwischen den drei Phasen sowjetischer Deutschlandpolitik 1989/90 (Zweistaatenmodell – neutrales Gesamtdeutschland – Zustimmung zur freien Bündniswahl) fließender waren, als von außen wahrnehmbar.« (S. 217). Bei Abschluss der 2+4-Verhandlungen stimmte die Sowjetunion der Zugehörigkeit des vereinten Deutschland zu einem sicherheitspolitischen Bündnisystem – das der NATO – zu. Dies allerdings mit einer wesentlichen Einschränkung, was das »Territorium der ehemaligen DDR« betraf. In Artikel 5 des 2+4-Vertrages wurde das sicherheitspolitische Interesse der Sowjetunion in folgendem Wortlaut festgelegt: »Ausländische Streitkräfte (nicht-deutsche NATO-Streitkräfte) und Atomwaffen oder deren Träger dürfen in diesem Teil Deutschlands weder stationiert noch dorthin verlegt werden.« Damit erhielt dieser Teil Deutschlands einen sicherheitspolitischen Sonderstatus. Mit dieser Akzeptanz aller Vertragspartner war eine wesentliche Kern- und Streitfrage beigelegt und die Sowjetunion hatte der Ausdehnung des NATO-Vertragsgebietes bis zur neuen Ostgrenze der Bundesrepublik Deutschland zugestimmt. Zugleich hatte Moskau seine Position im Einigungsprozess am stärksten verändert.

Von den drei Westmächten erhielt die Bundesrepublik Deutschland die größte und entscheidende Unterstützung für die Herstellung der deutschen Einheit durch die USA. Sie war vor allem geopolitischer Natur. Das amerikanische Interesse war in zweifacher Hinsicht gegeben: 1. um die deutsche Mitgliedschaft in der NATO zu erhalten; und 2. Wegen der geostrategischen Nutzung des deutschen Territoriums als Drehscheibe für mögliche militärische Einsätze (wie im Falle Golfkrieg 1991). Doch gab es auch Interessengegensätze zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland vor allem, was die Frage der Osterweiterung der NATO betraf (vgl. insbesondere Mary Elise Sarotte: Führungsduo?).

Es sei daran erinnert, dass es bis 1989/90 die beiden deutschen Staaten gewesen sind, die als Glacis, also als Vorfeld, für die drei Westmächte einerseits und für die Sowjetunion andererseits gedient haben, und zwar mit Unterstützung des jeweiligen deutschen Staates.

Erstaunt ist man allerdings, wenn man in einer Kurzfassung als Klappentext des Buches liest: »Der Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990 (der Vertragstext fehlt leider!) war das Gründungsdokument der Berliner Republik, mit dem das vereinigte Deutschland seine volle Souveränität zurückerhielt«. Dieser Darstellung widerspricht Michael Rensmann bereits in seiner Studie: »Besatzungsrecht im wiedervereinigten Deutschland – Abbauprobleme und Restbestände« (2002). Aber auch die Potsdamer Juristen für Europa- und Völkerrecht, Andreas Zimmermann und Jan Eiken, versehen in diesem Band ihren Beitrag »Volle Souveränität?« mit einem Fragezeichen. Grundsätzlich ist festzustellen: Seit den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts verbanden

die drei Westmächte die stückweise Freisetzung der Souveränität mit engmaschigen Sicherheitsauflagen, Revisionsklauseln und einer schrittweisen, vertraglich fixierten Einbindung des neuen Staates in das westliche Bündnis. Jeder Souveränitätsgewinn musste also durch Machttransfer an die westlichen Bündnisorganisationen – beispielsweise Montan-Union, NATO, EU/Maastrichter Vertrag – kompensiert werden. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag bildet hier keine Ausnahme.

6.

Der Schwerpunkt der Forschung von Jeronim Perović ist die Energiepolitik der Sowjetunion bzw. Russlands. Wie Perović in seiner Einleitung schreibt, hat das Buchprojekt wichtige Impulse durch die internationale Konferenz »Oil, Gas and Pipelines – New Perspectives on the Role of Soviet Energy During the Cold War« erhalten, die er und sein Team 2015 an der Universität Zürich durchführten.

In dem hier anzuzeigenden Buch bietet er einen historischen Abriss über die Rolle Russlands als Exportmacht fossiler Energieträger vom frühen 20. Jahrhundert bis in die Gegenwart. In seiner Darstellung zeigt er u.a. auf, wie es in der Spätphase des Kalten Krieges zu jener erstaunlichen energetischen Verflechtung im Bereich des Erdöls und des Erdgases zwischen Russland und Europa kommen konnte, welche die Beziehung zwischen der östlichen und der westlichen Hälfte des eurasischen Kontinents strukturiert hat. Die Nachzeichnung hat für Perović deutlich gemacht, wie wichtig der historische Kontext für den Verlauf der Energiegeschichte bis heute ist. Denn das Denken über Energie hat einen großen Einfluss auf die Ost-West-Beziehungen, so eine seiner Grundthesen.

Bei den zahlreichen Impulsgebern wurde einmal mehr deutlich, dass Russland nach Einschätzung der Experten eine globale »Energiegroßmacht« ist. Der Geopolitiker Herbert Kremp bezeichnete Russland einmal gar als »*planetarischen Energie-Hegemon mit starkem Einfluss auf Europa.*« Denn in der Tat war Russland für die europäische Energieversorgung lange Zeit der Dreh- und Angelpunkt. Bezeichnend für diese Einschätzung war das Panel »Die Geo-Ökonomie großer Infrastruktur-Projekte im Jahre 2016 auf dem Weltwirtschaftsforum in Sankt Petersburg«, in der Putins geoökonomische Ideen Wirkung zeigten. In diesem Zusammenhang ist das Kapitel über »*die größte Pipeline der Welt*« (S. 140 ff.) von besonderem Interesse. Denn über keine Gas-Pipeline wurde so viel debattiert wie über die »Ostsee-Pipeline 1 und 2«. Ein wesentlicher Grund dafür ist in der Tat: Die Ostsee-Pipeline ist ein Bauprojekt der Superlative! Das Scheitern des Projekts ist u.a. darauf zurückzuführen, weil die deutsche Politik vorrangig wirtschafts- und energiepolitisch agierte und die geopolitischen Interessen der USA und Russlands weitgehend außer Acht ließ. Keine Frage: Pipelines zur Energieversorgung sind heute auf fast allen Kontinenten zu einem Markenzeichen moderner Geopolitik geworden; denn Geopolitik ist das Studium der Beziehungen von Raum, Macht (in diesem Fall »Energie«) und Zeit.

In seinem Ausblick (S. 193), er muss wohl vor dem 24. Februar geschrieben worden sein, weist Perović darauf hin, dass Russland bemüht sein wird, sich als verlässlicher Energieversorger zu präsentieren. Er sieht in dem europäisch-russischen Energiehandel »in einer Zeit geopolitischer Verwerfungen eine beruhigende Wirkung.« (...) »Stürze diese Brücke ein«, so seine Befürchtung (wie seit dem 24.02. geschehen), »dann werde sich Russland möglicherweise noch stärker als bisher von Europa entfernen. Ein von Europa zunehmend isoliertes Russland (sei) jedoch unter Umständen der noch ungemütlichere Partner für den Westen«.

Fazit: Wie politisch der Erdgashandel schon immer war, zeigt das »Zusammenspiel« von Förder-, Transit- und Verbraucher-Staaten unter Einbeziehung der Interessen der Welt- und Großmächte – in Vergangenheit und Gegenwart gleichermaßen. Um den steigenden Erdgasbedarf in der EU in der gegenwärtigen Zeitenwende decken zu können, sind neben der Erschließung neuer Bezugsquellen auch alternative Transportmöglichkeiten gefragt. Hierbei bietet Flüssiggas »Liquid Natural Gas«, kurz LNG genannt, eine wesentliche Ergänzung zu den Pipeline-Projekten. Um einseitige Abhängigkeit zu vermeiden, ist der Energiemix immer mehr in den Fokus gerückt. Damit lautet die Leitlinie bzw. das strategische Ziel der EU: Energiegewinnung in der Vielfalt der Möglichkeiten.

7.

Die ersten Wettläufe um den Pol – in der Arktis und Antarktis – fanden Anfang des 20. Jahrhunderts statt. Vor allem norwegische, britische und US-amerikanische Entdecker und Forscher waren daran beteiligt. Aufgrund des Klimawandels rücken Arktis und Antarktis seit geraumer Zeit erneut ins Zentrum der wissenschaftlichen und politischen Aufmerksamkeit.

Denn die Polarregionen sind die Schlüsselgebiete für das Klima der Erde. Dort treten die größten Temperaturänderungen auf, und das dort gebundene Eis ist für das globale Klimageschehen von großer Bedeutung. Die Basis aller Diskussionen um diesen Themenkreis sind die Veröffentlichungen des Weltklimarates, in der Fachsprache unter dem Begriff »Intergovernmental Panel on Climate Change« (IPCC) bekannt. Mittlerweile ist vor allem die Zukunft der Arktis auf allen Kartentischen der interessierten Akteure ein Thema. Für die internationale Sicherheitspolitik ist die Frage von Bedeutung: Welche Auswirkungen hat die Klimaentwicklung auf die Interessen der Anliegerstaaten der Polargebiete? Bereits jetzt streiten die Staaten um Territorien, Ressourcen und Passagen. Eine neue Geopolitik für die Arktis zeichnet sich ab.

Auf dieser Grundlage hat Michael Paul, Senior Fellow der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), mit seiner hier anzuzeigenden Studie »Der Kampf um den Nordpol« den aktuellen Stand der »Rivalität der Großmächte« um Einfluss in der Nordpolarregion detailliert und umfassend wiedergegeben. Insbesondere zeigt Paul die ökonomischen, geostrategischen und geojuristischen Interessen der beteiligten Akteure auf. Hierbei ist ein wesentlicher Teil der Studie der Russischen Föderation gewid-

met. Denn die *»Arktis dient geopolitisch und geoökonomisch als Grundlage, um Russlands Rolle als Großmacht zu behaupten und abzusichern«* (S. 78). Aufgrund der leitenden Fragestellung nach dem Einfluss der Großmachtrivalität auf die Arktis werden von Paul vorrangig die Interessen der Arktisstaaten und Staaten mit Beobachterstatus behandelt und deren Beziehungen zueinander im arktischen Kontext dargelegt. Aus der Analyse des Verhaltens der einzelnen Staaten lässt sich seiner Meinung nach folgern, *»wie und weshalb diese bislang agierten und wie sie voraussichtlich in der Zukunft auf Veränderungen reagieren werden – ob sie also weiter ihren Schwerpunkt auf Kooperation legen, einen konfrontativen Kurs steuern oder vielleicht eine Kombination beider Ansätze wählen werden«* (S. 67).

Da die Arktis Ziel geopolitischer Ambitionen ist, konnte Paul in der Einleitung auf den Stellenwert der Geopolitik in den internationalen Beziehungen nicht verzichten. Hierbei fordert er von Deutschland, dass die *»Raumblindheit«* wie im maritimen Kontext die *»Seebblindheit«* ein Ende finden sollte. Es sollten neben den in der deutschen Außenpolitik vorherrschenden Kriterien *»Werte«* und *»Recht«* auch *»Raum«* und *»Macht«* als handlungsleitende Kategorien in der Sicherheitspolitik gelten. Merkwürdig ist allerdings, dass Paul bei dieser treffenden Kritik in der Fußnote 7 zur Absicherung seiner Argumentation auf ein Werk von Geographen mit dem Titel *»Kritische Geopolitik«* aus dem Jahr 2010 verweist. Denn Vertreter dieser geopolitischen Richtung versuchen seit den 1980er Jahren, die auch von Paul vertretene klassische Geopolitik in Frage zu stellen.

8.

Angela Stent ist Direktorin des Center for Eurasian, Russian and East European Studies und Professor of Government and Foreign Service in der Georgetown University in Washington. Als Begründung für ihre jahrzehntelange Forschungsarbeit zu den genannten Fachgebieten bemerkt Stent als politikwissenschaftliche Realistin: *»Russlands Größe und strategische Lage, sein Atomwaffenarsenal, sein Vetorecht im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und sein gigantischer Reichtum an natürlichen Ressourcen sowie seine Fähigkeit, westliche Interessen zu durchkreuzen, erfordern es, sich mit ihm auseinanderzusetzen.«* Dieses Motiv aufgreifend legte Stent grundlegende Studien vor. U.a. *»The Limits of Partnership: US-Russian Relations in the Twenty-First Century«* (2015).

In dem hier anzuzeigenden Buch beschreibt Stent, wie der russische Präsident Wladimir Putin sein Land geprägt hat, wie er Russland zurück auf die internationale Bühne gebracht hat, welche Rolle Russland weltweit spielt, und was das für die USA, Europa, China, den Nahen Osten und andere Staaten und für die Zukunft bedeutet. Ferner werden die Ursprünge und Entwicklung des russischen Nationalbewusstseins nachgezeichnet, das sich seit Putins Machtübernahme konsolidiert hat und heute die russische Politik bestimmt. Wie die Außen- und Sicherheitspolitik anderer Großmächte sind auch die russischen Interessen u.a. durch Doktrinen und Missionen gekennzeichnet. Seit Putins Präsidentschaft ist der Begriff *»Putinismus«* geläufig. In der Welt-

politik strebt Putin im Unterschied zur früheren Sowjetunion keine universalistische Ideologie an. Vielmehr sieht er Moskau als eines der Zentren einer multipolaren Weltordnung, in der Russland Beziehungen zu Staaten jeglicher Couleur unterhält (S. 18).

In den beiden abschließenden Kapiteln geht es Stent um das große Dilemma der immer konflikträchtigeren Beziehungen zwischen den USA und Russland, die sich immer mehr zu einem neuen Kalten Krieg entwickeln, der, so die Befürchtung mancher Beobachter, zu einem heißen Krieg werden könnte. (S. 393 ff.). Hier wird die NATO-Osterweiterung als einer der Hauptgründe für den Dissens zwischen Russland und dem Westen dargestellt. Im Anschluss daran werden die von Putin vertretenen Grundsätze für die Restaurierung Russlands als Großmacht beschrieben:

Erstens habe Russland das Recht, bei allen wichtigen internationalen Entscheidungen mitzuwirken und werde darauf auch bestehen. Zweitens, die russischen Interessen sind ebenso legitim wie die des Westens. Drittens hat Russland das Anrecht auf eine Sphäre privilegierter Interessen im postsowjetischen Raum. Russland wird sich dafür einsetzen, dass seine ehemaligen sowjetischen Nachbarn nicht Bündnissen beitreten, die es als ihm feindlich betrachtet. Viertens, einige Staaten sind souveräner als andere. Großmächte wie Russland, China, Indien und die Vereinigten Staaten genießen absolute Souveränität. Fünftens wird sich Russland weiterhin als Unterstützer des Status quo, als Verfechter konservativer Werte und als internationale Macht präsentieren, die etablierte Führer respektiert. Sechstens glaubt Russland, dass es gegen ein gespaltenes westliches Bündnis am ehesten seine Interessen durchsetzen kann. Schließlich wird Russland darauf drängen, das nach dem Kalten Krieg von den USA und Westeuropa durchgesetzte liberale und regelbasierte internationale System durch ein postwestliches System zu ersetzen.

Fazit: Der Aufstieg von Putins Welt in über zwei Jahrzehnten hat für Stent mehrere Dinge deutlich gemacht. Russland isolieren und sich einer Auseinandersetzung mit ihm verweigern zu wollen ist keine Option, so verlockend dieser Weg manchen auch erscheinen mag. Wie dieses Buch zeigt, hat China ab 2014 (nach der Krim-Annexion) Russland als Partner aufgewertet und die Bemühungen des Westens, Putin zu isolieren, dazu benutzt, Moskau für seine Version einer postwestlichen Weltordnung zu gewinnen. Insgesamt handelt es sich bei Stents Studie um eine brillante Nachzeichnung, Kommentierung und Bewertung Putinscher Strategie und Politik, worauf der Westen eine Gegenstrategie finden muss!